



Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Parteifreundinnen,

liebe Parteifreunde,

in der neuesten Ausgabe meines Berichts aus Berlin informiere ich Sie wieder über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin und gebe Ihnen einen Einblick über meinen Einsatz für Mannheim. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ihr



HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [13. Sportbericht der Bundesregierung](#)
2. [Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2017](#)
3. [Fortsetzung deutscher Streitkräfte in Mali \(MINUSMA\)](#)
4. [Fortsetzung deutscher Streitkräfte zur Ausbildung in Kurdistan-Irak](#)
5. [Jahresbericht des Wehrbeauftragten](#)
6. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)

1. 13. Sportbericht der Bundesregierung

Die Bundesregierung bilanziert mit diesem Bericht ressortübergreifend die sportpolitische Entwicklung im Zeitraum von 2010 bis 2013. Dabei würdigt sie u.a. die hervorragenden Erfolge von deutschen Sportlern bei internationalen Wettbewerben, die Förderung des Leistungssports von Menschen mit und ohne Behinderung sowie die Bekämpfung von Doping, Spiel- und Wettmanipulation. Zentrales Ziel der Politik der Bundesregierung bleibt es auch in Zukunft, die Rahmenbedingungen für den professionellen Spitzensport ebenso wie für den Breitensport weiter zu verbessern und Deutschland als Standort für die Ausrichtung internationaler Sportgroßereignisse attraktiv zu gestalten.

2. Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2017

Die EU-Kommission hat im Oktober 2016 ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2017 angenommen und im Europäischen Parlament vorgestellt. Es ist das dritte Arbeitsprogramm der Juncker-Kommission und steht unter dem Motto „Für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt“. Die Kommission konzentriert sich dabei weiter auf die Umsetzung ihrer zehn zentralen politischen Prioritäten, darunter die Bekämpfung von Terrorismus, die Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise sowie die Stärkung der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion. Die Umsetzung der Schwerpunkte soll durch 21 Schlüsselinitiativen erreicht werden.

3. Fortsetzung deutscher Streitkräfte in Mali

In erster Lesung beriet der Bundestag den Antrag der Bundesregierung auf fortgesetzte und erweiterte Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali. Zentrales Ziel der Mission im Norden des westafrikanischen Staats bleibt es, die Einhaltung der Waffenruhe und vertrauensbildende Maßnahmen in der Bevölkerung zu unterstützen. Der Einsatz wirkt damit auch unmittelbar auf die Lage im weiteren Sahel-Raum und in Libyen und stabilisiert die Region. Das Mandat soll unverändert bis zum 31. Januar 2018 verlängert, die bisherige Obergrenze von 650 Soldaten aber deutlich auf bis zu 1000 Soldaten erhöht werden. Der deutsche Beitrag an MINUSMA wird dabei weiter vor allem aus Führung und Führungsunterstützung, Sicherung und Schutz, sanitätsdienstlicher Versorgung, Lufttransport und ggf. Luftbetankung bestehen. Darüber hinaus wird das Engagement der Bundeswehr insbesondere die Aufklärung betreffen, der angesichts der Größe des Einsatzraumes eine hohe Bedeutung zukommt.

4. Fortsetzung deutscher Streitkräfte zur Ausbildung in Kurdistan-Irak

Der Bundestag beriet in erster Lesung über den Antrag der Bundesregierung, zur Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte. Die Sicherheitslage im nördlichen Irak ist nach wie vor instabil und die Gefährdungslage durch die Terroristen des IS besteht trotz Erfolgen der kurdischen Peschmerga unverändert weiter. Über die Verbesserung der Ausbildung dieser Kräfte unterstützt Deutschland aktiv die Stabilisierung der Region und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Dabei konnten seit Beginn des Mandats gemeinsam mit den europäischen Partnern bereits über 12.000 Sicherheitskräfte ausgebildet werden. Das Mandat soll bis zum 31. Januar 2018 verlängert werden. Die Mandatsobergrenze bleibt unverändert bei 150 Soldaten.

5. Jahresbericht des Wehrbeauftragten für das Jahr 2015

Als direkter Ansprechpartner für die Wünsche und Sorgen der Soldatinnen und Soldaten erfüllt der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages eine wichtige Funktion für die Parlamentsarmee. In seinem jährlichen Bericht unterrichtet der Wehrbeauftragte die Abgeordneten über den aktuellen Zustand der Streitkräfte. Die Schwerpunktthemen des diesjährigen Berichts sind die materielle und personelle Ausstattung der Bundeswehr sowie die damit einhergehenden Auswirkungen auf Heimatbetrieb und Einsatz. Dabei ruft insbesondere die hohe Dienst- und Einsatzbelastung Kritik in der Truppe hervor, auch die Vereinbarkeit von Familie und Dienst scheint verbesserungswürdig. Positiv wertet der Wehrbeauftragte die verbesserte Betreuung von Einsatzrückkehrern. In seinem Resümee erkennt er in vielen Bereichen Fortschritte, sieht aber Verbesserungsbedarf, damit die Bundeswehr ein attraktiver Arbeitgeber bleibt.

6. Relevantes aus Mannheim und der Region

Jüttner begrüßt Klarstellung von OB Kurz

Als Bundestagesabgeordneter und Stadtrat begrüße ich die Klarstellung des Mannheimer Oberbürgermeisters Dr. Peter Kurz, wonach die Stadt Mannheim dem Land Baden-Württemberg zu keinem Zeitpunkt die Coleman-Kasernen als Standort für ein Ankunftszentrum für Flüchtlinge angeboten hat. Ich lehne weiterhin ein solches Ankunftszentrum auf dem Coleman-Gelände ab und verweise auf meine bisherigen Forderungen, wonach auf Coleman die vom Aktionsbündnis erarbeiteten Pläne für eine künftige Nutzung nach dem Abzug der Amerikaner umgesetzt werden sollen.

Manfred Klein Ehrenmitglied der CDU Sandhofen

Auf meinen Antrag hin ernannte der Ortsverband der CDU Sandhofen Manfred Klein zum Ehrenmitglied. Im Rahmen eines Besuches überreichten der Ortsvorsitzende Ralf Rothermel, der Sprecher der CDU im Bezirksbeirat, Wilken Mampel, sowie ich als Ehrenvorsitzender des Ortsverbandes Manfred Klein die Ehrenurkunde und dankten ihm für sein jahrzehntelanges Wirken. Manfred Klein hat im Stadtteil beliebte Feste wie das „Scheuerfest“ in Kirschgartshausen oder die Weihnachtsfeier der CDU in Sandhofen mit ins Leben gerufen und an deren jährlicher Organisation entscheidend mitgewirkt. Wir haben auch seine Frau Sieglinde in guter Erinnerung. Sie hat bei all den Festen von Anfang bis Ende mitgeholfen. Auch bei der 1100-Jahr-Feier der Bürgervereinigung im Jahre 1988 ist Manfred Klein durch seinen hohen Einsatz ein leuchtendes Beispiel für ehrenamtliches Engagement gewesen. Durch seine strategische Mitplanung hat er die großen Veranstaltungen der 1100-Jahr-Feier wie den Festabend und den Heimatabend zu einer einzigartigen Erfolgsgeschichte mitentwickelt und verwirklicht.

„Der Ortsverband der CDU Sandhofen ist der Auffassung, dass dieses einzigartige und vorbildliche Engagement von Manfred Klein für die Allgemeinheit hohen Respekt verdient“, sind sich Rothermel und Mampel einig. Der mittlerweile 85-jährige Manfred Klein hat sich zudem jahrzehntelang für seine Mitmenschen sowie für seinen Heimatstadtteil Sandhofen ehrenamtlich im Bezirksbeirat eingesetzt. Rothermel: „Manfred Klein hat im kommunalen Bereich viel bewirkt. Dafür sind wir ihm dankbar.“

Neben seinem jahrzehntelangen Engagement in der CDU ist Klein Gründungsmitglied der am 11. November 1957 gegründeten Karnevalsgesellschaft (SKG) „Die Stichler“. Er war viele Jahre im Elferrat, im Senat sowie als Senatspräsident aktiv und hat die Arbeit der Stichler entscheidend mitgeprägt. Als Senatspräsident der Stichler hat Manfred Klein den Senatsball eingeführt und zu einem Glanzlicht Sandhofener Veranstaltungen entwickelt.



Bild (von links nach rechts): Ralf Rothermel, Manfred Klein, Egon Jüttner und Wilken Mampel

CDU-Fraktion begrüßt Unterstützung der Kommunen bei der Kinderbetreuung durch den Bund

Die CDU-Gemeinderatsfraktion begrüßt den Gesetzentwurf des Bundes zum Investitionsprogramm des Bundes „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020“. Damit will der Bund gemeinsam mit den Ländern 100.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter sechs Jahren finanzieren und die Qualität der Kinderbetreuung verbessern. Bis 2020 stellt der Bund hierfür 1,126 Milliarden Euro zur Verfügung. Auch Mannheim wird von diesem Programm profitieren, da es auch in unserer Stadt einen Bedarf an zusätzlichen Betreuungsplätzen, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, gibt. In dieser Altersklasse liegt die Betreuungsquote derzeit allgemein bei 32,7 Prozent, der Bedarf liegt jedoch nach jüngsten Umfragen bei 43,2 Prozent. In Mannheim beträgt die Betreuungsquote 35,6%. Angestrebt wird eine Versorgungsquote von 40%. Insofern begrüßt die CDU-Gemeinderatsfraktion die Absicht des Bundes, den Ausbau der Betreuungsplätze über das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“, das 2007 eingerichtet wurde, um 1,126 Milliarden Euro aufzustocken. 2017 stehen 226 Millionen Euro zu Verfügung, in den Jahren 2018-2020 jeweils 300 Millionen Euro. Diese gewaltige Leistung des Bundes ist aus der Sicht der CDU-Gemeinderatsfraktion nicht nur gerechtfertigt, sondern auch erforderlich, denn durch die starke Zunahme an zu betreuenden Kindern besteht ein zusätzlicher Bedarf an Betreuungsplätzen. Die CDU-Fraktion begrüßt dabei insbesondere, daß das neue Investitionsprogramm zwar den Fokus auf Kinder unter drei Jahren legt, im Unterschied zu früheren Programmen jedoch nicht auf Kinder dieses Alters beschränkt ist, sondern für alle Kinder im Vorschulalter zur Verfügung steht.

Abkehr vom Standort Wilhemswörthstraße ist richtig

Ich sehe grundsätzlich den hohen Bedarf an Kindergartenplätzen in Sandhofen. Ich teile jedoch die Kritik des Sandhofer Bezirksbeirates, der Anwohner und vieler Bürgerinnen und Bürger am Standort Wilhemswörthstraße und begrüße die Entscheidung der Stadt, den Architektenwettbewerb für den dort geplanten Neubau vorerst zu beenden.

Der Bedarf an Kindergartenplätzen in Sandhofen ist unstrittig. Die Wilhemswörthstraße ist jedoch nicht der geeignete Ort für den Neubau eines Kindergartens. Es gibt andere Wege und andere Örtlichkeiten, um den Bedarf an Kindergartenplätzen in Sandhofen zu decken.

Der Widerstand gegen den Neubau eines 3-gruppigen Kindergartens in der Wilhemswörthstraße aus der Sandhofer Bürgerschaft ist erheblich, da man aus berechtigten Gründen dort ein Verkehrschaos befürchtet. Ich verweise darauf, daß ich bereits im vergangenen Jahr in einem Schreiben an Baubürgermeister Quast Zweifel am Standort Wilhemswörthstraße geäußert habe.

Ich fordere daher die Stadt Mannheim auf, nach Alternativen für das nun gestoppte Projekt zu suchen. Leider zeigen sowohl das jährliche Chaos um die Schulkindbetreuung ebenso wie dieses Vorhaben, daß die Stadt Mannheim kein Gesamtkonzept zur Kinderbetreuung in Sandhofen hat. Hätte man gleich zu Beginn der Planung auf die Meinung der Bürgerschaft Rücksicht genommen, stünde man nun nicht wieder am Anfang der Planungen für den Aus- oder Neubau eines Kindergartens.

Jüttner fordert die Unterstützung stadtteilübergreifender Veranstaltungen durch den städtischen Haushalt

Ich fordere die Aufnahme eines Haushaltstitels in den kommunalen Haushalt zur Unterstützung stadtteilübergreifender Veranstaltungen.

Noch vor Jahren sind etwa in Mannheim-Sandhofen die Weihnachtsbaumaufstellung und die Maibaumaufstellung von der Stadt durchgeführt worden. Nachdem die Stadt ihre Beteiligung eingestellt hat, wurden Organisation und Durchführung von Ehrenamtlichen übernommen, im Falle Sandhofens etwa von der Gemeinnützigen Bürgervereinigung. In den letzten Jahren hat sich jedoch gezeigt, daß das ehrenamtliche Engagement zurückgeht. Es besteht die Befürchtung, daß Vereine immer weniger in der Lage sind, die Durchführung dieser Veranstaltungen mit identitätsstiftender Wirkung in gleichem Umfang wie bisher zu gewährleisten. Ich lehne es ab, ausschließlich beim Bezirksbeirat finanzielle Mittel für die Durchführung stadtteilübergreifender Veranstaltungen zu

beantragen. Die identitätsstiftende Wirkung stadtteilübergreifender Veranstaltungen ist so wichtig, daß diese durch einen entsprechenden Haushaltstitel abgesichert werden müßten.

Es wäre äußerst bedauerlich, wenn, wie beispielsweise in meinem Heimatstadtteil Sandhofen, jährliche Veranstaltungen wie die Totengedenkfeier, die Kerweeröffnung oder die Maibaum- und Weihnachtsbaumaufstellung mit teilweise hunderten von Teilnehmern nicht mehr oder nicht mehr in derselben Form stattfinden würden. Das Leben in den Stadtteilen würde ärmer werden. Die Stadt sollte auch das Signal bedenken, das sie den vielen ehrenamtlichen Helfern mit einer solchen Entscheidung aussendet.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de